Redaktion, Verlag und Druck
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr
monatlich 12½ Sgr.;
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 162. Abendblatt. Freitag, den 5. April. 1867.

Deutschland.

□ **Berlin**, 4. April. Aus dem Haag sind nun zuverlässige Nachrichten hierher gelangt, welche bestätigen, daß die holländische Regierung den Plan der Abtretung Luxemburgs an Frankreich habe fallen lassen und wonach der holländische Minister des Auswärtigen, Graf v. Zuylen, dem französischen Gesandten von diesem Entschluß bereits Kenntniß gegeben habe. Die Rede des Grafen Bismarck zur Beantwortung der Interpellation verläugnet insofern den Charakter einer diplomatischen Kundgebung nicht, als sie verschiedene Auslegung zuläßt; in einem Punkte stimmen aber ausnahmslos alle Urtheile überein, daß sie der Form und dem allgemeinen Inhalt nach einen freudigen Wiederhall in der ganzen deutschen Bevölkerung und gleichzeitig auch die Anerkennung des Auslandes findet. Selbst in Paris hat dieselbe nach sicheren Mittheilungen einen günstigen Eindruck gemacht und zu der Aeußerung Anlaß gegeben, daß man auch dort in maßgebenden Kreisen die Erhaltung freundlicher Beziehungen für wünschenswerth halte. Wenn für Viele die Auffassung des Grafen Bismarck in Bezug auf den Rechtspunkt zweifelhaft geblieben ist, so hat dies trotzdem der allgemeinen Befriedigung und einem gewissen, ersterer zu Grunde liegenden, Gefühl der Sicherheit keinen Eintrag gethan, weil darüber kein Zweifel geblieben ist, daß Graf Bismarck nicht die Rechtsfrage oder die formale Seite, sondern die politische und nationale Frage als Ausgangspunkt angenommen hat, welche auch von der öffentlichen Stimme am allgemeinsten als entscheidend angenommen wird. Man glaubt wohl mitunter einen Widerspruch darin finden zu können, daß Graf Bismarck jetzt die nationale Politik auch in dieser Frage an seine Fahne schreibe, während er doch im vorigen Jahre Luxemburg aus der nationalen Verbindung herausgebracht habe; abgesehen davon aber, daß Graf Bismarck als praktischer Staatsmann eben mit den Verhältnissen in seiner nationalen Politik gewachsen ist und wachsen konnte, steht auch fest, daß er die Festungsfrage niemals identisch mit der nationalen behandelt und in der ganzen Korrespondenz mit Holland während des Sommers auf Grund des Vertrages von 1839 ebenso wie jetzt an dem Recht Preußens auf die Festung festgehalten hat. Man kann es daher auch nur als eine dem bekannten Charakter des Blattes entsprechende Dreistigkeit bezeichnen, wenn die „Volks-Zeitung" ohne irgend thatsächliche Begründung behauptet, daß der Ursprung der ganzen jetzigen Frage in der früheren Verständigung zwischen Preußen und Frankreich zu suchen sei. Wenn Graf Bismarck im vorigen Sommer nicht die nationale, sondern die Vertrags- und Rechtsfrage, jetzt aber wieder erstere vorzugsweise betont, so kann eine Vergleichung der politischen Verhältnisse der Gegenwart mit denen im vorigen Sommer darin gewiß weniger einen Widerspruch, als vielmehr den Beweis staatsmännischer Klugheit an die Hand geben, und zwar unbeschadet der patriotischen Pflicht. — Bei dem jetzigen raschen Vorrücken der Reichstags-Arbeiten nimmt man an, daß die Einberufung des preußischen Landtags im Mai erfolgen werde. Die bereits in Angriff genommenen baulichen Veränderungen in den Räumen des Abgeordnetenhauses werden verhindern, daß die Sitzungen dort gehalten werden, und ist somit die Benutzung anderer Lokalitäten geboten; möglicher Weise würde der Konzertsaal des Schauspielhauses dazu genommen. — Unter den verschiedenen Ernennungen höherer Verwaltungsbeamten werden jetzt die des Polizei-Präsidenten v. Bernuth zum Regierungs-Präsidenten in Köln, des Landrath v. Wurmb zum Polizei-Präsidenten hier, des Vice-Präsidenten v. Goetze zu Breslau zum Chef-Präsidenten der Regierung in Cöslin als feststehend bezeichnet. Die schon gemeldete Ernennung des Präsidenten v. Zedlitz in Schleswig zum Nachfolger des Regierungs-Präsidenten Grafen v. Zedlitz-Trützschler in Liegnitz kann um so weniger jetzt schon erfolgt sein, als letzterer den erbetenen Abschied noch nicht erhalten hat. Wenn also dies Gerücht sich auch realisiren sollte, dürfte die Veränderung wohl schwerlich vor dem 1. Juli erfolgen und dann vielleicht gleichzeitig mit der definitiven Verwaltungs-Organisation der Herzogthümer vor sich gehen. — Zu der neuen Stadtverfassung für Frankfurt ist nachträglich zu erwähnen, daß der erste Bürgermeister aus drei präsentirten Kandidaten von Sr. Maj. dem König ernannt wird, im Fall aber keiner der drei Präsentirten Bestätigung findet, steht dem König die freie Ernennung ohne Präsentation zu. Der zweite Bürgermeister bedarf der Königl. Bestätigung, die übrigen städt. Beamten nicht. Die städt. Verwaltung wird wie in den alten Landestheilen von einem Magistrats- oder Stadt-Kollegium und einer Stadtverordneten-Versammlung ausgeübt. Die Erwerbung des Bürgerrechts ist gegen früher erleichtert worden. Die Klasseneintheilung bei den Wahlen fällt weg.

Berlin, 4. April. Die „Kasseler Ztg." veröffentlicht ein Allerhöchsteigenhändiges Schreiben Sr. Majestät des Königs an einen seiner altpreußischen Unterthanen in der Grafschaft Schaumburg, einen Ehren-Senior des Eisernen Kreuzes. Dasselbe lautet:

„Berlin, 20. Januar 1867.

Für drei liebe Briefe von Ihnen stehe ich in Ihrer Schuld, die mich doch sehr erfreut haben! Der erste vom 3. August, ein Glück- und Segenswunsch zum gewaltigen Siege, der 3 Wochen vorher von meiner unvergleichlichen Armee erfochten wurde; der zweite vom 18. Oktober, ein Tag so vieler wichtiger Erinnerungen der preußischen Geschichte mit Ihrem Veteranen-„Rückblick"; der dritte vom 1. Januar d. J. Das Alles sind Tage, die der Herr gegeben hat, und da Preußen dies erkannt, so haben sie auch Segen über Preußen gebracht. Vor Allem aber sind die Ereignisse des Jahres 1866 eine so sichtbare Führung des Himmels gewesen, daß selbst ein Ungläubiger gläubig werden müßte! Schweren Herzens mußte ich mich zu einem Kampfe entschließen, der ein Duell geblieben wäre, wenn Deutschland in seiner größeren Hälfte nicht mit Blindheit geschlagen gewesen wäre und einen Bruderkrieg aus dem Duell gemacht hätte. Viele haben diese Blindheit tief eingebüßt — ich selbst muß es gestehen, daß die Verhältnisse mächtiger waren, als mein Herz und mein Charakter es fast wünschten! Wo aber, nach menschlicher Anschauung, die Vorsehung so deutlich eingriff und so mächtig sprach, da mußte manche frühere Rücksicht schweigen! Möge die Aufgabe, die blutige Saat zu zeitigen und dereinst reifen zu lassen, durch Gottes Segen gefördert werden, wie die Aufgabe des Schwertes!

Ihr ergebener König Wilhelm.

(Wegen Unwohlseins erst heute, 30. Januar, beendigt.)"

— Wie die „N. Pr. Ztg." meldet, hat der Königl. Kammerherr Leo v. Savigny dem Kriegsministerium zur Verwendung für verwundete Krieger, insbesondere zu Badekuren, den Betrag von 300 Thalern zur Verfügung gestellt. Diese patriotische Gabe ist aufs Dankbarste acceptirt worden und wird darüber der Bestimmung des Herrn Gebers gemäß vom Kriegsministerium disponirt werden.

— Durch Verfügung des Kriegsministeriums sind gemäß der Feststellungen des Finanzetats zwei neue Oberstabsarztstellen für Köln und Danzig und zwölf neue Stabsarztstellen für die Feld-Artillerie-Regimenter (je eine pro Regiment) errichtet worden. Es fallen dafür fort zwei Stabsarztstellen für Köln und Danzig und zwölf Assistenz-Arztstellen bei den Feld-Artillerie-Regimentern.

— Man erzählt sich in gut unterrichteten Kreisen, daß die Reichstags-Abgeordneten von Oberhessen — vielleicht bei Gelegenheit der Diskussion über Artikel 71 des Verfassungs-Entwurfes, welcher von dem Verhältnisse des norddeutschen Bundes zu den süddeutschen Staaten handelt — zur Sprache zu bringen beabsichtigen, ob und welche Hindernisse dem Eintritt des ganzen Großherzogthums Hessen in den norddeutschen Bund zur Zeit noch entgegenstehen, — eventuell, ob diese Hindernisse dauernde sind. Veranlaßt scheint diese Absicht durch den Umstand, daß im Januar dieses Jahres bei Gelegenheit der Diskussion in der hessischen Kammer über den Eintritt des ganzen Großherzogthums Hessen in den norddeutschen Bund von dem großherzoglich hessischen Ministerpräsidenten die Erklärung abgegeben worden ist, der Eintritt des ganzen Großherzogthums Hessen in den Bund sei von Darmstadt aus angeboten, — in Berlin aber zurückgewiesen worden.

— Die Wiener Blätter unterschätzen nicht die Bedeutung der Episode in unserem Reichstage, welche die Luxemburgische Angelegenheit betraf. Die „N. Fr. Pr." sagt unter dem 2. d. Mts.: „Die gestrige Sitzung des norddeutschen Parlaments hat abgerechnet mit der Napoleonischen Hegemonie; dieselbe hat aufgehört, zu existiren. Die große Reaktion der Germanen gegen die Lateiner, welche mit dem von Napoleon demüthig acceptirten Ultimatum des Washingtoner Kabinets bezüglich der Räumung Mexicos begann, setzt der norddeutsche Bund erfolgreich fort. Die Nemesis der Geschichte verdoppelt ihren Schritt, und bald wird Europa frei aufathmen, und sich dauernd friedlicher Zustände freuen dürfen." — Das „Wiener Fremdenblatt" sagt in einem durch dieselbe Reichstagssitzung veranlaßten Artikel: „Wir möchten behaupten, daß der nächste europäische Kampf sich darüber entwickeln wird, wer fürderhin die Herrschaft oder die Macht an den Mündungen der beiden größten Ströme unseres Kontinents, des Rheins und der Donau besitzen solle: denn an diese Mündungen knüpft sich auch das ganze Handelsinteresse Europas und die Beherrschung des Seeverkehrs. Die Niederlande am Rhein und die Niederlande an der Donau — das sind somit die beiden Knotenpunkte für die nächste Gestaltung der europäischen Politik. Wir erinnern hierbei an ein Wort Bismarck's, welches derselbe bereits vor mehreren Jahren ausgesprochen hat: „Ich kann mir ein großes und starkes Deutschland nicht denken, ohne den Besitz oder die Macht an den Donaumündungen." Seit jener Zeit hat ein Hohenzoller in den Niederlanden der Donau seinen Thron aufgeschlagen, gleichsam als Hüter der deutschen Interessen daselbst. Und wenn wir jetzt die Luxemburger Affaire unter diesem Gesichtspunkte ins Auge fassen, so dürfte vielleicht die Verbindung, welche vor Kurzem zwischen dem Grafen von Flandern, dem Bruder des belgischen Königs, und einer hohenzollernschen Prinzessin stattgefunden, auch in politischer Beziehung eine besondere Bedeutung gewinnen. In jedem Falle stehen wir jedoch heute erst am Anfange der eben gezeichneten Entwickelung. Monate dürften vergehen, bevor die jetzt noch im Geheimen reifenden Pläne zur Ausführung gelangen und diese Monate in seinem Interesse, zu Sicherung seiner Machtstellung und seiner Allianzen verständig zu nützen, das ist nun vor Allem die Sache Oesterreichs."

— Aus Gotha schreint man der „Weim. Ztg.": Die Unterhandlung zwischen dem hiesigen und dem preußischen Bevollmächtigten bezüglich der Militär-Angelegenheit ist noch nicht geschlossen. Denn während von preußischer Seite für die noch übrige Zeit der Gültigkeit der Militär-Konvention der Satz von 225 Thlr. wenigstens für die Mannschaft in Anspruch genommen wird, welche über den in der Konvention angenommenen Friedenspräsenzstand hinausgeht, will der diesseitige Bevollmächtigte auf diesen Ueberschuß den niedrigeren, für jeden Kopf festgestellten Ansatz der Konvention ebenfalls in Anwendung gebracht wissen. Gerüchtweise verlautet, daß man hierseits auf den Ausspruch eines Schiedsgerichts zu rekurriren gedenke für den Fall, daß ein Ausgleich dieser Differenz im Wege der Verhandlung nicht zu ermöglichen sei.

— Bekanntlich haben sich die Vertreter der süddeutschen Staaten bei den jüngst in Mannheim abgehaltenen Berathungen über die gemeinsamen Maßregeln zur Abwehr der Rinderpest in allen Punkten geeinigt. Die „Bair. Z." schreibt darüber: „Der eigentliche Kern dieser Konferenzbeschlüsse, deren Ratifikation selbstverständlich den betheiligten einzelnen Regierungen vorbehalten bleibt, besteht darin, daß sich die vier konferirenden süddeutschen Staaten in der erwähnten Beziehung als einen einzigen Staat betrachten und demzufolge gegeneinander keinerlei Sperre verfügen sollen; im Falle des Ausbruchs der Rinderpest in einem der kontrahirenden Staaten hätten demnach auch die übrigen Staaten kein[illegible] Maßregeln zu ergreifen, als wenn jene Seuche im eigenen Lande aufgetreten wäre. Nach erfolgter Ratifikation der Konferenzbeschlüsse seitens der betheiligten Regierungen soll alsdann, wenn möglich, ein gleiches Uebereinkommen mit Preußen und den übrigen Staaten des norddeutschen Bundes angestrebt werden."

— Gestern Vormittag hielten die Fraktionen der National-Liberalen und der Frei-konservativen Vereinigung in den Abtheilungszimmern des Reichstages und die Fraktionen der Konservativen in ihrem Fraktionslokal eine Besprechung über die Abschnitte XI. „Bundeskriegswesen" und XII. „Bundesfinanzen". In der Fraktion der National-Liberalen wurden mehrere Amendements vorbereitet, die Berathung aber um 2 Uhr vertagt, weil um 2¼ Uhr eine freie Besprechung von Delegirten sämmtlicher Fraktionen (mit Ausschluß der Linken, welche eine Betheiligung abgelehnt) stattfinden sollte, von welchen, um eine leichtere Verständigung herbeizuführen, diese beiden Abschnitte einer speziellen Berathung unterworfen und die Ansichten der einzelnen Fraktionen ausgetauscht werden sollen. Von den Konservativen waren zu dieser Besprechung delegirt die Abgeordneten Freiherr v. Moltke, v. Bodelschwingh und v. Blanckenburg, von den Frei-Konservativen die Abgeordneten Herzog v. Ujest und Graf Bethusy-Huc, von dem Centrum die Abgeordneten Freiherr v. Vincke (Olbendorff) und v. Sänger und von den National-Liberalen die Abgeordneten v. Bennigsen, v. Unruh (Magdeburg) und Baron v. Vaerst. Wie wir hören, beabsichtigt die Fraktion der National-Liberalen in ihren Amendements von der Frage der Präsenzzeit ganz Abstand zu nehmen, jedoch namentlich in Betreff der Stärke des Heeres in Friedenszeiten eine vorläufige Festsetzung auf 5 Jahre zu beantragen. In letzterer Beziehung dürfte die Besprechung der Delegirten wohl Aussicht auf Erfolg haben, da die Frei-Konservativen, welche bereits zu dem Artikel 58 einen Zusatzantrag eingebracht haben, welcher einen Zeitraum von sechs Jahren festsetzen wollte, nicht abgeneigt sein sollen, auf diesen Vorschlag einzugehen. Wie wir hören, soll auch der Kriegsminister v. Roon eingeladen worden sein, dieser freien Besprechung beizuwohnen. — In Betreff des Abschnitts XII. „Bundesfinanzen" hört die „N. A. Ztg.", daß die Fraktion der National-Liberalen in ihren zu erwartenden Amendements an dem Verlangen des Budgetrechts für den Reichstag festhält. Von konservativer Seite würde prinzipiell gegen dieses Verlangen nicht angekämpft werden, wenngleich diese Fraktionen sich auch nicht so unbedingt diesem Verlangen anschließen würden. Jedenfalls erwartet man auch in dieser Frage noch eine Einigung.

— Aus der Fraktion der Frei-konservativen Vereinigung ist der Abgeordnete Graf Bassewitz nun definitiv ausgeschieden und hat sich der Fraktion der Konservativen angeschlossen; dagegen ist der Frei-konservativen Vereinigung der Abgeordnete v. Brünneck beigetreten. Die einzelnen Fraktionen stellen sich jetzt in ihrer Mitgliederzahl wie folgt fest: Die Konservativen zählen 60 Mitglieder, die Frei-Konservativen 40, das Centrum 27, die National-Liberalen 79, die Linke 19, die konstitutionell-bundesstaatliche Fraktion 22, die katholisch Liberalen 12 und die Polen 12. 20 Mitglieder haben sich bis jetzt noch nicht definitiv einer von den genannten Fraktionen angeschlossen, wenngleich sie die Versammlungen derselben auch besuchen, darunter auch die beiden Sozial-Demokraten aus Sachsen, die Abgeordneten Schraps und Bebel.

— Ein Korrespondent der „Weser-Zeitung" aus Newyork gelangt in einer vergleichenden Zusammenstellung des norddeutschen Verfassungsentwurfs mit der amerikanischen Verfassung zu einem für ersteren sehr günstigen Resultate. Indem der Korrespondent hervorhebt, daß die Urheber des Verfassungsentwurfs die Mängel der amerikanischen Verfassung, insoweit ihr Zweck die Begründung einer Bundeseinheit war, mit richtigem Blick erkannt und mit Glück vermieden haben, bemerkt er im Weiteren:

„Die Befugnisse der Bundesgesetzgebung sind weit umfassender und in einer solchen Weise definirt, daß dadurch mindestens drei Viertel des bittern Haders und der Kämpfe zwischen Bundes- und Staatsautorität, welche die politische Geschichte der Vereinigten Staaten ausfüllen, unmöglich gemacht werden. Unzählige Nöthen, Wirren und Verluste wären den Vereinigten Staaten erspart geblieben, wenn hier, wie es für Neudeutschland proponirt wird, das Bank-, Papiergeld-, Eisenbahn- und Telegraphenwesen, das Civil- und Handelsgerichtsverfahren der Kompetenz des Bundes zugetheilt worden wäre. Und wer weiß, ob sich nicht der Bürgerkrieg hätte vermeiden lassen oder wenigstens nur den Charakter eines großen Putsches angenommen haben würde, wenn hier die direkte absolute Geltung der Bundesgesetze für die Einzelstaaten und das Recht der Bundesgewalt zum exekutorischen Einschreiten gegen widerspenstige Staaten so scharf und unzweideutig ausgesprochen worden wäre, wie in dem deutschen Entwurfe. Auch die Möglichkeit, zeitgemäße Aenderungen an der Verfassung anzubringen, ist in diesem viel leichter gemacht, als in der amerikanischen. Hier können zur Noth zehn Staaten, die zusammengenommen nur halb so viel Einwohner haben, wie der eine Großstaat Newyork, das Zustandekommen einer solchen Veränderung verhindern, und ohne die gewaltsame Erschütterung des Bürgerkrieges wäre eine solche schwerlich je eingetreten. In dem neuen deutschen Bunde würde das anders sein. Alles das sind aber Dinge, deren hohen Werth man hier, wo bittere Erfahrungen über die Folgen des Mangels an solchen heilsamen Bestimmungen vorliegen, sehr zu schätzen weiß, vielleicht besser als in Deutschland. Thatsache wenigstens ist, daß in den deutsch-amerikanischen Zeitungen, bei denen man doch sicherlich keine

Sympathien für Normalbudgets u. dgl. voraussetzen darf, der Verfassungsentwurf viel günstiger beurtheilt wird, als in „liberalen" Korrespondenzen aus Deutschland. „Was ihm noch fehlt", sagt eine dieser Zeitungen am Schluß einer eingänglichen Kritik, „sehen wir wohl; aber das, was er enthält, ist um so viel wichtiger und bedeutungsvoller, als das, was ihm fehlt, daß wir es für ein kleineres Unglück halten würden, wenn er ohne alle Veränderung angenommen würde, als wenn er bei dem Bemühen, ihn zu verbessern, in die Brüche ginge." Und in diesem Sinne sind fast alle übrigen Beurtheilungen gehalten. Ströme Bluts hat es gekostet, um unter unserer mangelhaften Bundesverfassung die Einheit zu erhalten; — die Freiheit macht sich jetzt, wenn auch nicht ohne heftige und aufregende parlamentarische Kämpfe, doch sonst ohne besondere Schmerzen."

Hannover, 1. April. Vor den Schranken unseres Obergerichts hatte sich heute ein zahlreiches Bankierpublikum eingefunden, um der Publikation des Urtheils in der schon erwähnten Prozeßsache eines Bankhauses gegen das Generalgouvernement wegen Herausgabe von Werthpapieren beizuwohnen. Das Bankhaus hatte zur Sicherung für ein Darlehen aus der Staatskasse Werthpapiere deponirt, die im Juni v. J. mit anderen Werthpapieren auf Befehl König Georgs nach England geschafft wurden. Das Bankhaus bot neuerdings Rückzahlung des Darlehens an und verlangte vom Generalgouvernement Herausgabe der deponirten Papiere und erhob, da diese nicht erfolgte, Klage. Das Obergericht erkannte, daß die Klage begründet sei, auch die Passivlegitimation für beschafft zu erachten, da nach dem Völkerrecht der Eroberer in dergleichen Verpflichtungen seines Vorgängers eintrete, also durch die Einverleibung an dem Rechtsverhältniß nichts geändert worden sei. Was das Fortschaffen der Papiere nach England angehe, so treffe die frühere Regierung in diesem Punkte kein Verschulden, für welches etwa die jetzige Regierung verantwortlich wäre. König Georg habe recht gehandelt, als er die fraglichen Werthpapieee bei drohender Kriegsgefahr im Juni nach England schaffte. Wenn sonach die Klage für begründet und bewiesen zu halten, so werde sie gleichwohl durch den Einwand des beklagtischen Gouvernements, daß es sich thatsächlich nicht in der Lage befinde, die fraglichen Papiere wieder herbeizuschaffen, zur Zeit beseitigt, falls nämlich dieser Einwand, was beim Leugnen des Klägers noch erforderlich, durch das Gouvernement bewiesen werde. Zum Beweisverfahren ist Termin im Mai angesetzt.

Hannover, 3. April. Eine Verordnung vom 18. März d. J. über die vertragsmäßigen Zinsen in den neu erworbenen Landestheilen hebt die Wuchergesetze, soweit nicht Immobilien verpfändet sind, auf. — Heute ist das Gesetz, betreffend das preußische Medizinalgewicht, publizirt. Die Bestimmungen treten mit dem 1. Januar 1868 in Kraft. — Der „Hann. Cour." schreibt: Die Königl. Kron-Oberanwaltschaft nimmt Bedacht darauf, in dem Bureau-Kostenfonds der Gerichte Ersparungen eintreten zu lassen. Mit diesem Fonds wurde bislang bei uns nicht in der sparsamen Weise verfahren, wie Solches bei den altpreußischen Gerichten der Fall ist. —

Koburg, 3. April. Die Königin Victoria hat ihr lebhaftes Interesse an dem Plane, Friedrich Rückert zu Neuses ein Denkmal zu errichten, in einem Schreiben an das Comité ausdrücken und demselben einen Beitrag von 350 fl. rhein. zukommen lassen. Gleichzeitig hat die Prinzessin Helene von Großbritannien, Gemahlin des Prinzen Christian von Schleswig-Holstein, demselben Comité die Summe von 150 fl. überwiesen.

Darmstadt, 3. April. Einer großen Firma in Offenbach ist kürzlich Seitens des Großherzoglichen Kriegsministeriums die Anfertigung des Bedarfes an Pickelhauben für die hessische Division übertragen worden. Als Modell dient das neueste für die preußische Armee vorgeschriebene Muster. Statt der Achselklappen der Offiziere sollen wieder Epauletten eingeführt und für den Garnisons- und Felddienst statt der den Offizier vor der Mannschaft zu sehr kenntlich machenden Schärpe ein einfaches Schärpenband vorgeschrieben werden; die Schärpe wird nur für den Paradeanzug beibehalten.

München, 2. April. Der Königl. belgische Kriegsminister General-Lieutenant Baron v. Chazal ist mit seinem Adjutanten, dem Oberst-Lieutenant Colegna, seit einigen Tagen hier anwesend, wie es scheint, in militärischen Angelegenheiten, wenigstens hatten dieselben gestern eine Unterredung mit dem Königl. Staatsminister v. Hohenlohe und mit dem Kriegsminister. Die beiden belgischen Offiziere begeben sich von hier nächster Tage nach Wien.

Ausland.

Bern, 1. April. Verschiedene Zeitungen erzählten als Kuriosum, der Päpstliche Nuntius habe bei einer neulichen Anwesenheit in Freiburg an die Regierung das naive Verlangen gestellt, alle Güter der aufgehobenen Klöster zurückzuerstatten, bei der keineswegs glänzenden Finanzlage des Kantons eine etwas starke Zumuthung. Uebrigens ist man gewohnt, die Freiburger Kantonsregierung im Punkt der Nachgiebigkeit gegen Rom bis an die äußersten Grenzen gehen zu sehen.

Paris, 2. April. Der „Köln. Ztg." wird geschrieben: Fürst Metternich, der gern seine Kuckuckseier in die Presse legt, hat jüngst eine eigenthümliche Erfahrung machen müssen. Seine Verbindung mit dem österreichisch-orleanistischen Geranten der Patrie, Hrn. Lebey, hatte ihm dieses Blatt eröffnet, worauf sich der Fürst beeilte, eine Korrespondenz aus Bukarest inseriren zu lassen, deren Verfasser, ein ehemaliger Sekretair des Fürsten Kusa, seiner allerhöchsten Protektion genießt. In diesem Artikel waren nun die Verhältnisse des Landes und die des Fürsten Karl in der gräßlichsten Verzerrung dargestellt worden. Der Kaiser erhielt von Herrn Dréolle, dem Chef-Redakteur des Blattes, der aber gegen diese austro-orleanistische Koalition ohnmächtig war, Mittheilung von dieser Korrespondenz, und Marquis de Moustier erhielt alsbald Weisung, dem österreichischen Botschafter höflich aber entschieden bemerklich zu machen, er thäte besser, sich weniger in französische Preßverhältuisse einzumischen, wie sich ja auch die französische Regierung in keiner Weise mit denen des österreichischen Staates beschäftige. Marquis de Moustier vollführte den Auftrag, Fürst Metternich verschluckte die Pille, ohne die Miene zu verziehen; bald darauf aber tauchten in Wiener Blättern von Paris aus inspirirte Notizen auf, welche den bevorstehenden Rücktritt Moustier's meldeten, weil er seine Unfähigkeit zu sehr an den Tag gelegt. Dies war die Rache des österreichischen Botschafters.

— Der Kaiserliche Prinz hat sich vorgestern wieder einer kleinen Operation unterziehen müssen; daher seine Abwesenheit bei der gestrigen Inaugurationsfestlichkeit.

— In Toulon werden heute die ersten Schiffe mit Soldaten aus Mexiko erwartet. Bevor sie in ihre Garnisonen zurückkehren, sollen sie eine Zeitlang in einem großen Lager kampiren, das auf der Insel Marguerite bei Toulon eingerichtet werden und 12,000 Mann fassen soll.

— Briefe aus Konstantinopel erwähnen eines gegen die beiden ersten Minister des Sultans gerichteten Komplotts, das glücklicherweise vor seiner Ausführung entdeckt wurde.

London, 2. April. Noch ist man über die Echtheit der Nachricht, daß die Vereinigten Staaten das russische Amerika angekauft haben, in einiger Ungewißheit, da die Kunde bis jetzt ausschließlich der „Times" zugegangen und die gestrige Antwort Lord Stanleys auf die betreffende Interpellation keine unbedingt zustimmende gewesen ist. Aber alle Parteien glauben daran und nehmen der Sache gegenüber schon verschiedene Standpunkte ein. Die „Times" empfiehlt ihren Landsleuten, keine Eifersucht blicken zu lassen und keinen unnöthigen Lärm zu schlagen. Es ist das erste Mal, so viel wir wissen (sagt sie), daß Rußland je auf ein erworbenes Gebiet wieder verzichtet hat. Ohne die Aufregung zu theilen, die darüber unter britischen Diplomaten in Washington herrschen soll, müssen wir doch dem Ereigniß eine bedeutende Wichtigkeit zuerkennen; es bezeugt die geheimnißvolle Sympathie, die so lange schon zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten besteht, und es wird an der nordwestlichen Grenze der neuen britischen Konföderation eine republikanische Macht an die Stelle der kosakischen setzen. Wahrscheinlich ist das Gebiet angekauft worden, um den Anspruch der Vereinigten Staaten auf die Oberhoheit auf dem nordamerikanischen Festlande zu erhärten. Die Konsolidirung Kanadas und der angrenzenden britischen Provinzen zu einem Staatenbund unter der britischen Krone hat in der Republik eine Eifersucht erweckt. . . . Verblenden wir uns nicht gegen die möglichen Folgen dieses unerwarteten Handels, aber geben wir ihm auch nicht mit Absicht eine feindselige Deutung und bestehen wir nicht auf Rechten und Interessen, die sich nicht behaupten lassen." — Aehnlich, nur noch friedfertiger, schreiben „Daily News": „Das Wachsthum der Vereinigten Staaten wird keine Pläne stören, außer die künstlichen Kombinationen, mit denen machtlose und kurzsichtige Politiker der Natur und Geschichte entgegenwirken möchten, und nichts könnte den Versuch entschuldigen, daraus den Grund zu einer künstlichen Aufregung in England zu machen."

— Die Reform-Liga hielt gestern wieder ein Meeting auf Trafalgar Square bei Fackelbeleuchtung. Das Wetter war schön. Präsident Beales meinte, er wisse freilich nicht recht, ob die Aussichten auf Reform ebenso glänzend und freundlich seien wie das Wetter und lud die Schuld davon dem Parlamente auf, das eine oligarchische Regierung, eine Regierung der oberen Klassen aus eigenem Interesse aufrecht zu erhalten suche. Redner ging mit einem Ausfall gegen diese exklusiven Kreise auf die Jamaika-Angelegenheit über und erklärte unter stürmischem Zurufen mit großer Emphase, Gouverneur Eyre müsse und solle trotz aller Finten doch noch vor einem heimischen Geschwornengericht sich über seine Thaten in Jamaika verantworten.

Turin, 1. April. Die Vermählung des Prinzen Amadeus mit der Fürstin del Pozzo della Cisterua wird in der ersten Woche nach Ostern stattbaben. Gleich darauf werden sich die Neuvermählten nach Neapel begeben, um in dessen Nähe, in dem schönen Schlosse zu Caserta, einige Zeit zu verweilen. Der Minister des Königlichen Hauses, General Graf Rebaudengo, den unbegründete Gerüchte als mit einer wichtigen Mission betraut nach Rom abreisen ließen, ist vielmehr nach Caserta gegangen, um dort Alles zum Empfange vorzubreiten.

Newyork, 19. März. Gestern feierten die Regierer der Stadt Newyork, d. h. die Irländer, den Namenstag ihres Schutzheiligen Patricius auf die übliche Weise durch Umzüge und Zechgelage. Zur Erhöhung der Festfeier begingen sie ein wenig Mord und Todtschlag und lieferten der Polizei eine förmliche kleine Schlacht. Eine schöne Bande, diese Irländer! Wie stark muß der Groll der Amerikaner gegen England sein, wenn sie trotz alledem den Feniern Glück und Erfolg wünschen!

— Ein transatlantisches Telegramm der Londoner „Times" aus Newyork vom 30. März enthält folgendes Nähere über den Verkauf von Russisch-Amerika an die Vereinigten Staaten: „Dem Senat ist heute ein Vertrag vorgelegt worden, welcher den Vereinigten Staaten gegen eine Entschädigung von sieben Millionen das ganze russische Amerika und die benachbarten Inseln abtritt; auf Montag ist der Senat einberufen, um die Angelegenheit in Erwägung zu ziehen. Die Folge dieser Cession wäre die fast gänzliche Abschließung des britischen Kolumbiens vom Stillen Meere. Die englischen Diplomaten in Washington sollen in großer Aufregung sein und ihre Regierung ersuchen wollen, daß sie gegen diesen Handel remonstrire."

— Nach den neuesten Nachrichten aus Buenos Ayres hatten die Vertreter der gegen Paraguay allirten Mächte wiederholte Besprechungen mit den Gesandten der Vereinigten Staaten gehabt und ein amerikanischer Dampfer war in Folge davon den Plata hinaufgegangen, um dem Diktator Lopez die Grundlagen einer Friedensunterhandlung zu übermitteln. Das Verlangen nach Frieden wird immer lebhafter. In den argentinischen Provinzen dauert der Aufstand fort. Auf dem Kriegsschauplatz ist nichts neues vorgefallen.

— In den nordamerikanischen Vereinsstaaten gewinnt neuestens die demokratische (präsidentenfreundliche) Partei wieder an Boden. Im Staate Connecticut hat dieselbe die Wahl ihres Kandidaten zum Gouverneur und dreier Gesinnungsgenossen in den Kongreß durchgesetzt, während die Radikalen nur ein Kongreßmitglied erhalten konnten.

Pommern.

Stettin, 6. April. Für die diesmalige Schwurgerichtsperiode sind außer den bereits erwähnten noch folgende Anklagen — sämmtlich wegen schwerer Diebstähle — zur Verhandlung angesetzt: Montag, den 8.: gegen den Arbeiter Friedr. Joseph Ludwig Schulz; Dienstag, den 9.: gegen den Arbeiter Christian Friedr. Meyn aus Kronheide; Freitag, den 12.: gegen den Brettschneider August Friedr. Pahl, Halbmann Karl Fr. Wilh. Brandt und (resp. wegen Hehlerei) gegen dessen Mutter, die Wittwe Brandt; Sonnabend, den 3.: gegen den Maurergesellen Müller.

— Wir werden ersucht, auf die dringende Nothwendigkeit einer Reparatur des auf dem Rosengarten befindlichen Brunnens aufmerksam zu machen, indem das früher sehr schöne Trinkwasser desselben seit längerer Zeit so faulig schmeckt, daß es kaum zu genießen ist.

— Der Rittmeister von Gutzmerow auf Labehn ist an Stelle des zum Landschafts-Deputirten bestellten Barons v. Puttkamer auf Grumbkow zum landschaftlichen Hülfs-Deputirten gewählt worden.

Neueste Nachrichten.

Wien, 4. April. Die Wiener „Abendpost" versichert, gegenüber den Angaben, welche den Stand der Verhandlungen betreffend den österreichisch-italienischen Handelsvertrag als einen ungünstigen bezeichnen, daß gar kein Grund vorhanden ist, die Hoffnung auf einen günstigen Abschluß auszuschließen oder herabzustimmen.

Dasselbe Organ bestätigt die Nachricht, daß der König der Niederlande das Projekt, das Großherzogthum Luxemburg abzutreten, aufgegeben habe.

Triest, 4. April. Die französische Fregatte „Landrome", von Vera-Cruz mit 1150 mexikanischen Freiwilligen kommend, ist in den Hafen von Lissa eingelaufen.

Haag, 4. April. Die niederländische Regierung hat dem preußischen Kabinet die amtliche Eröffnung gemacht, daß ein Vertrag über den Verkauf Luxemburgs an Frankreich nicht abgeschlossen sei und ohne Zustimmung Preußens auch nicht abgeschlossen werden solle.

Belgrad, 4. April. In Folge aus Konstantinopel eingetroffener Weisung beginnt die Räumung der Festung am 8. d. M. Es werden zunächst zwei türkische Bataillons a ziehen. Der Rest der Besatzung und die Artillerie verlassen die Festung erst nach der Rückkehr des Fürsten.

Bukarest, 4. April. Die Deputirtenkammer hat zu der von Kusa den Engländern Stanforth und Barkley ertheilten Konzession zum Bau einer Eisenbahn zwischen Bukarest und Giurgewo mit einigen Modifikationen der Konzessionsurkunde ihre Genehmigung ertheilt.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 4. April, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Wilhelmine, Buß; Wilhelmine Sophie, Sanders von Bremen. Jeanette, Ehrenfried; Alberdina Edzina, Uchtmann von Sunderland. Ulrica, Dick; Concordia, Müller von London. Lucia, Hart von Burntisland. Sophie Catharina, Brandt; Maria, Peters; Pomona, Parlow von Newcastle. Leda, Müller von Cardill. Adler, Konow; Lady Normanby, Rout von Newcastle, Christabel, Joblinz von Sunderland, letztere 3 löschen in Swinemünde. Revier 14 2/3 F. Strom ausgehend. Wind: SW. 5 Schiffe in Sicht.

Börsen-Berichte.

Stettin, 5. April. Witterung: klare Luft, stürmisch. Temperatur + 3° R. Wind: NW.

An der Börse.

Weizen wenig verändert, loco pr. 85pfd. gelber und weißbunter 85, 88 Rt. bez., geringer 75—82 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr 85 1/8, 1/2, 1/4 Rt. bez. u. Gd., Mai-Juni 85 Rt. Br., Juni-Juli 84 3/4 Rt. Br., Septbr.-Oktober 78 Rt. bez. u. Gd.

Roggen stille, pr. 2000 Pfd. loco 53—55 1/2 Rt. bez., Frühjahr 53 5/8, 3/4 Rt. bez. u. Br., 5/8 Gd., Mai-Juni 53 3/4 Rt. bez. u. Br., 5/8 Gd. Juni-Juli 54 Rt. Gd., Septbr.-Oktober 51 Rt. Br. u. Gd.

Gerste loco pr. 70pfd. 44—47 1/2 Rt. bez.

Hafer ohne Handel.

Erbsen Futter- loco 54 Rt. bez.

Rüböl etwas höher, loco 11 1/2 Rt. Br., April-Mai 11 1/4 Rt. bez. u. Gd., September-Oktober 11 7/12, 5/8 Rt. bez. u. Gd.

Spiritus behauptet, loco ohne Faß 16 2/3 Rt. bez., Frühjahr 16 7/12 Rt. bez. u. Gd., Mai-Juni 16 2/3 Rt. Gd., Juni-Juli 16 5/6 Rt. Gd.

Angemeldet: 50 Wspl. Gerste, 50 Wspl. Hafer, 900 Ctr. Rüböl, 10,000 Quart Spiritus.

Berlin, 4. April, 1 Uhr 57 Min. Nachmittags. Staatsschuldschein 82 5/8 bez. Staats-Anleihe 4 1/2 % 99 1/2 bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 140 1/2 bez. Stargard-Posener Eisenbahn-Aktien 94 bez. Oesterr. National-Anleihe 54 3/8 bez. Pomm. Pfandbriefe 88 3/4 bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 186 1/4 bez. Amerikaner 6% 78 7/8 bez.

Roggen Frühj. 55 5/8 bez., 55 1/2 Gd., Mai-Juni 55 1/4, 3/8 bez., Juni-Juli 55, 55 1/4 bez. Rüböl loco 11 1/3 Br., April-Mai 11 1/3, 7/24 bez., Mai-Juni 11 3/8 bez., September-Oktober 11 5/6 bez., 3/4 Gd. Spiritus loco 17 3/8 bez., April-Mai 16 11/12, 7/8 bez., Mai-Juni 16 23/24, 17 bez., Juni-Juli 17 1/4, 1/8 bez.

Breslau, 4. April. Spiritus 8000 Tralles 16 7/12. Weizen pr. April 74 Br. Roggen pr. April 54 1/2, do. pr. Frühjahr 54. Rüböl pr. April 10 5/12. Rapps pr. April 92 Br. Zink pr. April —. Kleesaat: rothe fest, weiße matt.

Hamburg, 4. April. Getreidemarkt. Weizen loco höhere Forderungen, fest, pr. April 5400 Pfd. netto 151 Bankothaler Br., 150 Gd., pr. Frühjahr 149 Br., 148 Gd. Roggen loco ruhig, pr. April 5000 Pfd. Brutto 95 Br., 93 Gd., pr. Frühjahr 91 Br., 90 Gd. Hafer ruhig. Oel ruhig, loco 24 3/4, pr. Mai 24 3/4, pr. Oktober 25 3/4. Spiritus völlig geschäftslos, zu 23 1/2 angeboten. Kaffee sehr stille. Zink 1000 Ctr. pr. Frühjahr à 14. — Regenwetter.

Amsterdam, 4. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Getreidemarkt stille. Roggen pr. Mai 206.

Stettin, den 5. April.

Hamburg	6 Tag.	151 3/8 G	St. Börsenhaus-O.	4	—
„	2 Mt.	151 B	St. Schauspielh.-O.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	143 3/8 G	Pom. Chausseeb.-O.	5	—
„	2 Mt.	—	Used. Woll. Kreis-O.	5	—
London	10Tag.	6 24 3/8 B	St. Strom-V.-A.	4	—
„	3 Mt.	6 22 7/8 B	Pr. National-V.-A.	4	115 B
Paris	10 Tg.	81 bz	Pr. See-Assecuranz	4	—
„	2 Mt.	—	Pomerania	4	116 B
Bremen	3 Mt.	—	Union	4	102 1/2 B
St. Petersbg.	3 Wch.	89 1/2 G	St. Speicher-A.	5	—
Wien	8 Tag.	—	Ver.-Speicher-A.	5	—
„	2 Mt.	—	Pom. Prov.-Zuckers.	5	625 B
Preuss. Bank	4	Lomb. 4 1/2 %	N. St. Zuckersied.	4	—
Sts.-Anl.5457	4 1/2	—	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
„ „	5	—	Bredower „	4	—
St.-Schldsch.	3 1/2	—	Walzmühle	5	—
P. Präm.-Anl.	3 1/2	—	St. Portl.-Cementf.	4	—
Pomm. Pfdbr.	3 1/2	88 1/2 G	St. Dampfschlepp G.	5	200 B
„ „	4	—	St. Dampfschiff-V.	5	—
„ Rentenb	4	—	Neue Dampfer-C.	4	93 B
Ritt. P.P.B.A.	4	93 1/2 G	Germania	4	100 B
Berl.-St. E. A.	4	—	Vulkan	4	90 G
„ Prior.	4	—	St. Dampfmühle	4	100 B
„ „	4 1/2	—	Pommerensd. Ch. F.	4	—
Starg.-P. E. A.	4 1/2	—	Chem. Fabrik-Ant.	4	—
„ Prior.	4	—	St. Kraftdünger-F.	—	—
St. Stadt-O.	4 1/2	98 B	Gemeinn. Bauges.	5	—